

Antrag der Fraktion SPD

Der Beirat beschließt:

1. Der Beirat Schwachhausen begrüßt den Beschluss der Bürgerschaft Drucksache 20/186 – Stadtbürgerschaft - vom 08.06.20 -zur Stärkung der Außengastronomie und Verbesserung der Lebensqualität.
2. Zur Sicherstellung der Mitwirkung an der Entscheidung („Konsultation der Ortspolitik“, Ziffer 1 des Beschlusses der Stadtbürgerschaft) schafft der Beirat unter Beteiligung des Ortsamtes die organisatorischen Voraussetzungen, um schnell auf Anfragen und Anträge von Gewerbetreibenden und Eingaben und Beschwerden von Anliegern reagieren zu können.
3. Mit Beendigung der Corona-Krise werden die Erfahrungen ausgewertet und insbesondere geklärt, welche Maßnahmen unter Abwägung der verschiedenen Interessen verstetigt werden können.

Begründung:

Unter <https://www.bremische-buergerschaft.de/dokumente/wp20/stadt/drucksache/D20S0186.pdf> ist der zitierte Beschluss der Stadtbürgerschaft abzurufen, mit welchem die unbürokratische Stärkung der Außengastronomie begrüßt wird. Der Beschluss der Stadtbürgerschaft schützt zudem die Beiratsrechte, da die Mitwirkung ausdrücklich gefordert wird. Damit sind eigene Anträge mit gleichem Inhalt obsolet.

Zu beachten bleibt aber bei allem Engagement zugunsten der Wirtschaft, dass Schwachhausen ein Wohnstadtteil ist und bereits jetzt das Verhältnis zwischen Anwohnern und Gastronomen erhebliches Konfliktpotential hat. Die Nutzung der Grünflächen muss auch unter dem Gesichtspunkt des Umwelt- und Naturschutzes gewürdigt werden.

Im Sinne der Wirtschaftsförderung müssen die Anträge und Anfragen schnell beantwortet werden. Zugleich muss aber auch schnell auf die Eingaben der Bevölkerung eingegangen werden. Dazu muss der Beirat die organisatorischen Leitlinien festlegen, in welchem Gremium und mit welchem Prozedere die Verfahren behandelt werden können.

Im Rahmen der Mitwirkung und der Entscheidung über die Eingaben muss der Beirat die verschiedenen Interessen sorgfältig und gründlich gegeneinander abwägen. Übereilte und nachlässig vorbereitete Entscheidungen können juristisch angreifbar sein und zur Verhinderung einzelner Projekte führen und Vorbehalte in der Bevölkerung fördern.

Die jetzt vorgesehene unbürokratische Hilfe bietet auch von Corona unabhängig eine Chance für die Zukunft. Für jeden Einzelfall ist deshalb zum Ende der Corona-Krise festzulegen, ob eine Verstetigung der Ausnahmegenehmigung möglich und sinnvoll ist und zur Bereicherung der Angebote im Stadtteil beiträgt.

Pastoor/Carstens, SPD-Fraktion